

Umgang mit Antisemitismus im Kontext der Polizei in Thüringen

(Projektlaufzeit 2023–2024)

AUTORINNEN

Marina Chernivsky, Friederike Lorenz-Sinai,
Hanne Balzer, Sophia Hoppe

Berlin, November 2025

1. Hintergrund

Die qualitative Studie »Umgang mit Antisemitismus im Kontext der Polizei in Thüringen« wurde im Zeitraum von 2023 bis 2024 umgesetzt. Die Studie wurde am Forschungsbe- reich des Kompetenzzentrums antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS) in Forschungskooperation mit der Fachhochschule Potsdam unter Leitung von Dipl. Psych. Marina Chernivsky und Prof. Dr. Friederike Lorenz-Sinai und unter wissenschaftlicher Mitarbeit von Sophia Hoppe und Dr. Hanne Balzer durchgeführt. Die Studie wurde durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) im Rah- men des Bundesprogramms »Demokratie leben!« und durch den Landespräventionsrat Thüringen gefördert.

2. Erkenntnisinteresse und Methode

Polizei, Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sind zentrale Akteure im rechtsstaatlichen Umgang mit Antisemitismus, beispielsweise im Bereich der Strafverfolgung und der Gefahren- abwehr. Zugleich haben diese rechtsstaatlichen Institutionen eine eigene Gewaltgeschichte in Bezug auf antisemitische Diskriminierung und Verfolgung in der Shoah. Die institutionellen Praktiken im Umgang mit Antisemitismus in diesen Kontexten sind bislang in Deutschland kaum untersucht worden. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass sich die Aufgaben, rechtlichen Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Erwartungshaltungen an die Polizei je nach Bundesland deutlich unterscheiden. Umso relevanter sind Studien, die ihre Befunde systematisch in den jeweiligen landesspezifischen Kontext einbetten und so differenzierte Erkenntnisse darüber ermöglichen, wie polizeiliches Handeln gegenüber antisemitischen Vorfällen strukturell geprägt ist. Vor diesem Hintergrund betrifft das Erkenntnisinteresse der in Thüringen durchgeführten Studie die Frage, wie Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie Polizistinnen und Polizisten Antisemitismus wahrnehmen und einordnen und welche Antisemitismusverständnisse ihren Deutungen zugrunde liegen.

Die Studie folgt den Paradigmen und Annahmen der interpretativen und rekonstruktiven Sozialforschung (vgl. Rosenthal 2015). Eine qualitative Herangehensweise ermöglicht es, die subjektiven und institutionellen Verständnisse von Antisemitismus zu analysieren und die polizeilichen Maßnahmen zu Schutz und Intervention zu rahmen. Ferner können jüdische Perspektiven auf die Interaktion mit der Polizei erhoben und analysiert werden. Im Rah- men der Erhebung wurden zehn narrative Interviews mit Polizeibeamtinnen und Polizei- beamten sowie Polizistinnen und Polizisten aus unterschiedlichen Einsatzbereichen und Hierarchiestufen geführt. Durch einen offenen, erzählgenerierenden Stimulus wurde ein Erzählfluss über (berufs-)biografische Bezüge zum Thema Antisemitismus angeregt, wodurch den Studienteilnehmenden ermöglicht wurde, eigene Relevanzsetzungen einzubringen.

Nachdem die Interviews transkribiert und anonymisiert wurden, wurde das empirische Material in Orientierung am Codierparadigma der Grounded Theory (vgl. Strauss 1998) ausgewertet. Durch das offene, entdeckende und deduktiv-induktive Codieren des Materials wurde schrittweise ein übergreifendes Codiersystem entwickelt. Begleitend wurden analytische Memos verfasst und in regelmäßigen Interpretationsrunden Codes diskutiert. Aus zentralen Strukturen des Materials wurden entlang der Forschungsfragen Schlüsselkategorien gebildet und theoretisiert.

Im Fokus des Erkenntnisinteresses stand die Wahrnehmung, das Erleben und das Verständnis der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie Polizistinnen und Polizisten von Antisemitismus. Ziel der vorliegenden Studie ist es, vertiefte Einsichten in die aktuellen polizeilichen Praktiken in der Wahrnehmung von und im Umgang mit Antisemitismus zu ermöglichen und spezifische (Schulungs-)Bedarfe für den Thüringer Kontext zu identifizieren. Das Forschungsprojekt knüpft an die bereits abgeschlossenen Untersuchungen des Kompetenzzentrums antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS) sowie der Fachhochschule Potsdam zu Antisemitismus in Bildungskontexten und an Gedenkstätten an. Diese Vorarbeiten haben neue Erkenntnisse zum Umgang mit Antisemitismus im Bildungswesen und in Gedenkstätten ergeben, an die nun im Kontext der Polizei angeknüpft wird.

3. Zentrale Befunde

3.1 Erste (berufs-)biografische Berührungspunkte mit Antisemitismus

Die Befunde der Studie zeigen, dass die Schilderungen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie Polizistinnen und Polizisten zu ihrer Wahrnehmung von und ihrem Umgang mit Antisemitismus zum Teil durch fehlende Bezüge insbesondere zu gegenwärtigen antisemitischen Erscheinungsdimensionen geprägt sind, aber auch von einem Ringen um Sprache zu Antisemitismus. Bei den Schilderungen der ersten Berührungspunkte mit dem Thema Antisemitismus in der eigenen (Berufs-)Biografie werden Erinnerungen aus der Kindheit in der DDR und aus der Schule beschrieben. Die meisten Interviewpersonen beziehen ihre ersten (berufs-)biografischen Berührungspunkte mit Antisemitismus auf den schulischen Geschichtsunterricht, insbesondere im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus und der Shoah. Gegenwärtige Formen von Antisemitismus werden dabei oft nicht explizit angesprochen. Die berufliche Ausbildung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie Polizistinnen und Polizisten fokussiert sich überwiegend auf historische Aspekte, wie die Rolle der Polizei im Nationalsozialismus, beispielsweise durch Besuche von entsprechenden Gedenkstätten, während der aktuelle Antisemitismus im beruflichen Alltag von vielen Interviewpersonen als weniger relevant wahrgenommen wird. Einige Studienteilnehmende erleben durch Fortbildungen oder Einsätze jedoch eine gewisse Sensibilisierung für gegenwärtige antisemitische Phänomene. Insgesamt variieren die (berufs-)biografischen Berührungspunkte mit Antisemitismus je nach Region, Zeitpunkten und individuellen Erfahrungen.

3.2 Verständnisse von Antisemitismus

Dies zeigt sich auch im Verständnis von Antisemitismus in der Gegenwart wie auch in der eigenen beruflichen Praxis. Jüdinnen und Juden verbleiben in den narrativen Erzählungen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie Polizistinnen und Polizisten zumeist abstrakt, abwesend und ohne konkrete eigenbiografische Anbindung. Dieses Phänomen deckt sich mit Befunden aus Studien in anderen institutionellen Kontexten wie der Schule (vgl. hierzu Chernivsky / Lorenz-Sinai 2023). Dadurch erscheint Antisemitismus häufig als ein Phänomen, das außerhalb des unmittelbaren Lebensweltbezuges und auch des Zuständigkeitsbereichs der Polizei existiert. Einzelne beziehen sich auf aktuelle und historische Erscheinungsformen, während bei anderen Interviewpersonen ein fehlendes bis sehr diffuses Verständnis von Antisemitismus deutlich wird. Ebenso werden Unsicherheiten in der Formulierung der verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus deutlich. Antisemitismus wird als ein komplexes Phänomen beschrieben, weshalb die Interviewten kein eindeutiges Verständnis formulieren konnten. Diese betonte Komplexität des Phänomens birgt die Gefahr, dass eine vertiefte Auseinandersetzung mit Antisemitismus als kaum realisierbar erscheint. Entsprechend bleibt das Verständnis von Antisemitismus bei vielen Studienteilnehmenden eher unscharf und von deutlichen Unsicherheiten geprägt.

3.3 Biografische und berufskulturelle Distanzierungen

In den Interviews lässt sich auch eine biografische wie auch berufskulturelle Distanzierung von Jüdinnen und Juden, als jüdisch wahrgenommenen Themen sowie von Antisemitismus mithilfe verschiedener Formen der Externalisierung beobachten. Es zeigt sich eine räumliche Distanzierung teilweise durch die Verortung des Antisemitismus in anderen Städten oder urbanen Räumen. Daran knüpft die Annahme an, Antisemitismus trete nur dort auf, wo Jüdinnen und Juden sichtbar präsent seien; ihre vermeintliche Abwesenheit wird somit als Beleg für die Nicht-Existenz von Antisemitismus gedeutet (vgl. Chernivsky / Lorenz-Sinai 2023). Ebenso wird Antisemitismus von den Interviewpersonen externalisiert, indem das Problem anderen Gruppen – etwa muslimischen Akteurinnen und Akteuren – zugeschrieben oder über generationale sowie sozialisationstypische Differenzen erklärt wird. Durch solche Annahmen wird Antisemitismus aus der eigenen Lebenswelt ausgelagert. Darüber hinaus zeigt sich eine Distanzierung durch Diffusion, bei der Antisemitismus durch vages und diffuses Beschreiben sowie relativierende Vergleiche – etwa durch das Gleichsetzen mit der Diskriminierungsform Sexismus – entgrenzt wird. Eine weitere Form der Distanzierung, die in den Interviews sichtbar wird, ist die Objektifizierung von Jüdinnen und Juden (vgl. hierzu Chernivsky / Lorenz 2020). Sie werden dabei als ‚Andere‘ konstruiert, und zwar als Teil der Gesellschaft angesehen, gleichzeitig jedoch auch aus dieser herausgelöst. Diese Konstruktion der Figur des Juden als ‚Dritter‘ besitzt eine lange historische Kontinuität, welche in den Interviews reproduziert wird. Dies wird durch unklare, mystifizierende Ausdrucksweisen verstärkt, die Antisemitismus als abstraktes und schwer greifbares Phänomen darstellen.

Auch die Wahrnehmung von Antisemitismus im Berufsalltag der interviewten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie Polizistinnen und Polizisten variiert stark. Während einzelne Befragte Antisemitismus als relevante Erfahrung ihrer beruflichen Praxis kontextualisieren und konkrete Erfahrungen schildern, wird er von anderen als kaum präsent beschrieben. In den Interviews der Studie zeigen sich zudem teilweise die Reproduktion antisemitischer Narrative und Haltungen sowie Schilderungen über Kolleginnen und Kollegen, die antisemitische Narrative im beruflichen Kontext reproduzieren. Mithilfe der beschriebenen Distanzierungsformen wird Antisemitismus nicht als strukturelles, institutionelles und gesellschaftliches Phänomen erkannt, sondern vielmehr als Einzelfall dargestellt.

3.4 Ambivalente Wahrnehmung von Antisemitismus im Berufsalltag

Eine Nicht-Wahrnehmung von Antisemitismus durch die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie Polizistinnen und Polizisten kann das Vertrauen der jüdischen Communities in Deutschland in die Polizei beeinträchtigen (vgl. Chernivsky / Lorenz-Sinai 2024). Aus Sicht der Betroffenen besteht historisch betrachtet ein ambivalentes Verhältnis zwischen der jüdischen Gemeinschaft und der Institution Polizei (vgl. Adler / Chernivsky 2023). Während Betroffene teils auf mangelnde Einsicht, fehlendes Wissen über jüdische Erfahrungen oder auch unzureichende Schutzmaßnahmen verweisen (vgl. ebd.), betonen einige der Studienteilnehmenden hingegen ein hohes Bewusstsein für Antisemitismus und bewerten die ihnen bekannten polizeilichen Schutzmaßnahmen positiv.

Einige beschreiben, dass antisemitische Vorfälle wie der Anschlag in Halle zu erhöhten Schutzvorkehrungen geführt haben, wobei die Details dieser Maßnahmen in den Interviews unklar bleiben. Während einige der Interviewten die Bedeutung von polizeilichen Schutzmaßnahmen wie die Bewachung jüdischer Objekte und Veranstaltungen, hervorheben und diese teilweise als moralische Verpflichtung sehen, beschreiben andere den Schutzauftrag als aufgeladen, körperlich anstrengend und zeitintensiv. Diese Ambivalenz zeigt die Herausforderung der Polizei, einen effektiven Schutz für jüdische Communities zu gewährleisten, während jüdische Institutionen in einem konstanten Abhängigkeitsverhältnis zur Polizei stehen. Studienteilnehmende schildern zwar, dass präventive Maßnahmen notwendig seien, allerdings fokussieren sie sich in ihren Schilderungen eher auf das allgemeine Problem des Rechtsextremismus anstatt spezifisch auf Antisemitismus.

Die Interviews dieser Studie wurden nach dem 7. Oktober 2023 geführt. In einzelnen Gesprächen schildern die Befragten, dass im Zuge des terroristischen Anschlags auf Israel am 7. Oktober 2023 bestimmte Orte – etwa ehemalige Standorte von Synagogen, Erinnerungs- bzw. Gedenktafeln oder jüdische Friedhöfe – verstärkt bestreift und Schutzmaßnahmen ausgeweitet werden mussten. Es wird von gehäuften Sachbeschädigungen bzw. Vorfällen an Schutzobjekten berichtet, die nach dem 7. Oktober 2023 auftraten. Entweder wurden diese gemeldet oder durch die Polizei selbst im Rahmen der Kontrolltätigkeit gesichtet. Dennoch wird der terroristische Anschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 in den Interviews weitgehend ausgeblendet und nicht thematisiert.

4. Fazit

Die Ergebnisse verdeutlichen die Notwendigkeit, die Beschäftigung mit gegenwärtigem Antisemitismus in der Aus- und Fortbildung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie Polizistinnen und Polizisten zu intensivieren. Bislang wird Antisemitismus laut den Studienteilnehmenden nicht explizit in der Aus- und Fortbildung berücksichtigt. Einige Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie Polizistinnen und Polizisten sehen Antisemitismus als nicht ausreichend berücksichtigt an und wünschen sich eine intensivere politische Bildung zu diesem Thema. Es gäbe zwar vereinzelte Weiterbildungen, die Antisemitismus und Rassismus behandeln, allerdings hängen diese stark von der Eigeninitiative der Studienteilnehmenden ab und seien nicht verpflichtend. Einige äußerten Bedürfnisse nach praxisnahen Seminaren und regelmäßigen Bildungsmaßnahmen, um ihr Wissen um Antisemitismus zu vertiefen. Zudem werden strukturelle Verbesserungen, wie Freistellungen für Weiterbildungen, vorgeschlagen, um mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie Polizistinnen und Polizisten zur Teilnahme an solchen Angeboten zu motivieren. Insgesamt zeigt sich der Wunsch, das Verhältnis zwischen Polizei und jüdischen Communities durch bessere Bildung und mehr Sensibilität zu verbessern, während gleichzeitig im Kontext anderer Studienbefunde auch Selbstinszenierungen und stereotype Darstellungen zu beobachten sind.

Zusammengefasst scheint es wichtig zu sein, durch gezielte Gesprächsangebote und biografisch akzentuierte Fortbildungsmaßnahmen die Historisierung, Distanzierung und Relativierung von Antisemitismus aufzubrechen und ein erweitertes Antisemitismusverständnis zu fördern. Dabei geht es um die Annäherung an jüdische Erfahrungen und Antisemitismus aus jüdischen Perspektiven, aber auch um die Förderung des Problembewusstseins und die eigene Fähigkeit, den Gegenwartsantisemitismus zu verstehen und als Teil ihrer Aufgabe zu begreifen.

Literaturliste

Adler, Tabea / Chernivsky, Marina (2023):

Antisemitismus und Polizei aus der Betroffenenperspektive.

In: Kopke, Christoph / Salzborn, Samuel (Hrsg.):

Antisemitismus und Polizei: Das Beispiel Berlin.

Polizei – Geschichte – Gesellschaft, Band 5. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft. S. 110–123.

Chernivsky, Marina / Lorenz-Sinai, Friederike (2024):

Antisemitismuserfahrungen und die Rolle der Polizei – ein ambivalentes Verhältnis.

In: Borchert, Jens / Giesel, Linda (Hrsg.): Der Rechtsstaat im Kampf gegen Antisemitismus – Perspektiven auf Polizei, Justiz und Strafvollzug. Weinheim: Beltz Juventa. S. 32–42.

Chernivsky, Marina / Lorenz-Sinai, Friederike (2023):

Antisemitismus im Kontext Schule. Deutungen und Praktiken von Lehrkräften. Weinheim: Beltz Juventa.

Chernivsky, Marina / Lorenz, Friederike (2020):

Antisemitismus im Kontext Schule. Deutungen und Umgangsweisen von Lehrer*innen an Berliner

Schulen. Forschungsbericht. Berlin: Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment.

Strauss, Anselm Leonard (1998):

Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung. München: Fink.

Rosenthal, Gabriele (2015):

Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung. Weinheim: Beltz Juventa.

Impressum

VERANTWORTLICH FÜR DEN INHALT DER STUDIE

Kompetenzzentrum antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS)
in Trägerschaft der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

V. I. S. D. P.

Marina Chernivsky, Leitung Kompetenzzentrum antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS)

FORSCHUNGSKOOPERATION

Fachhochschule Potsdam, Prof. Dr. Friederike Lorenz-Sinai

AUTORINNEN

Marina Chernivsky, Friederike Lorenz-Sinai, Hanne Balzer, Sophia Hoppe

REDAKTION

Marina Chernivsky, Friederike Lorenz-Sinai, Hanne Balzer, Sophia Hoppe

LEKTORAT

Hanne Balzer, Sophia Hoppe

GESTALTUNG, LAYOUT UND SATZ

Jérôme Werner

ANSPRECHPARTNERIN FORSCHUNGSBEREICH

hoppe@koas-bildungundforschung.de | +49 (0)30 513 039 88
www.koas-bildungundforschung.de

ZITIERVORSCHLAG

Chernivsky, Marina / Lorenz-Sinai, Friederike / Balzer, Hanne / Hoppe, Sophia (2025):

Umgang mit Antisemitismus im Kontext der Polizei in Thüringen. Factsheet.

Berlin: Kompetenzzentrum antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS).

Die im Bericht enthaltenen Zitate sind nicht für die Weiterverwendung bestimmt; alle Rechte sind vorbehalten.

FÖRDERUNG:

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Landespräventionsrat
Thüringen